

1416 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

Bericht

des Finanzausschusses

über die Regierungsvorlage (1285 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem die Ermächtigung zur Veräußerung von Anteilsrechten an der „Flughafen Wien AG“ erteilt wird

Mit dem gegenständlichen Gesetzentwurf soll der Bundesminister für Finanzen ermächtigt werden, die im Eigentum der Republik Österreich stehenden Anteile an der „Flughafen Wien AG“ zu veräußern.

Nach der in den Erläuterungen zur Regierungsvorlage zum Ausdruck kommenden Rechtsauffassung unterliegen die Bestimmungen dieses Gesetzentwurfes im Sinne des Art. 42 Abs. 5 B-VG nicht dem Einspruchsrecht des Bundesrates.

Der Finanzausschuß hat die erwähnte Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 10. Dezember 1993 in Verhandlung genommen. In der Debatte ergriffen außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Mag. Erich Schreiner, Richard Gebert, Mag. Dr. Madeleine Petrovic, Dr. Martin

Bartenstein, Peter Rosenstingl, Dipl.-Kfm. Holger Bauer, Dipl.-Kfm. Dr. Otto Keimel und Eleonore Hostasch sowie der Bundesminister für Finanzen Dipl.-Kfm. Ferdinand Lacina das Wort.

Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf mit Stimmenmehrheit angenommen.

Weiters hält der Ausschuß mehrstimmig fest:

„Bei der geplanten Veräußerung ist darauf zu achten, daß österreichische Interessen zu wahren sind. Es soll auch in der Zukunft die Möglichkeit gegeben sein, im Rahmen der Gesetze öffentliche Interessen zu berücksichtigen.“

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Finanzausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (1285 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1993 12 10

Josef Straßberger
Berichterstatler

Dr. Ewald Nowotny
Obmann